



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

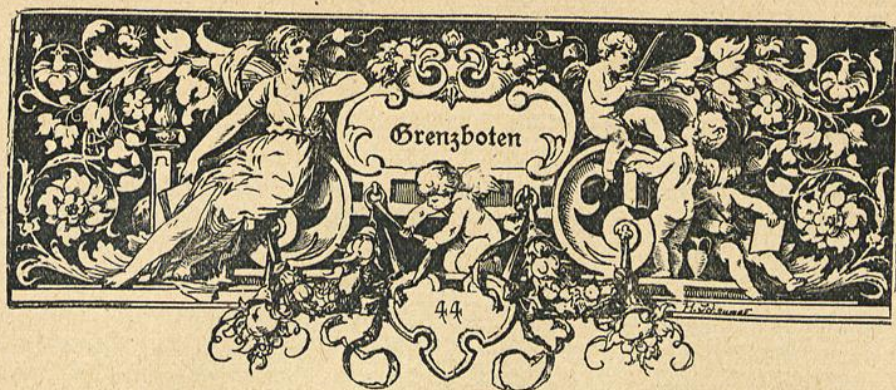
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cleinow, Georg: Von Ludendorff zu Payer

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Von Ludendorff zu Payer

Von Georg Kleinow



ücksichtslose Sachlichkeit gegenüber den Tatsachen, die zu meistern man im Augenblick nicht imstande ist, habe ich hier als Grundprinzip für meinen Dienst an der Öffentlichkeit festgestellt. Diese Sachlichkeit zwingt mich erneut anzuerkennen, daß die neue Regierung stetig und tapfer ihrem Ziel, dem deutschen Volke den Frieden zu geben, zustrebt und daß sie sich in ihrem Streben durch keinerlei Gefühlsmomente beeinflussen läßt. Mag uns das Ziel der Regierung behagen oder nicht, mögen wir in seiner Verfolgung die schwersten Gefahren für das Land sehen, wir müssen zugeben, daß es mit unerbittlicher Konsequenz verfolgt wird — wir müssen es gestehen —, wir sehen zum erstenmal seit langer Zeit, daß eine deutsche Regierung überhaupt ein erkennbares Ziel hat. Diese Tatsache allein ist ein so ungeheurer Faktor unseres politischen Lebens, daß wir ihm uns nicht entziehen können: er ist da, wir müssen mit ihm rechnen! Das Material zur Beurteilung der neuen Regierung finden wir heute nicht mehr in der Rede des Prinzen-Reichskanzlers vom 5. Oktober d. J. allein, sondern auch in dem Notenwechsel mit dem Präsidenten Wilson und in den Reichstagsverhandlungen vom 23. bis 27. Oktober. Hierzu tritt noch als ein besonders wichtiger Faktor zur Beurteilung der Lage die Nachricht vom Rücktritt Ludendorffs. Auch diese uns tief bewegende Tatsache müssen wir im Angesicht des Ernstes der Lage vor allen Dingen kühl in das Gesamtbild einfügen und dürfen uns nicht durch unser Gefühl auf Abwege leiten lassen. Von diesem kalten, sachlichen Standpunkte aus müssen wir bekennen, daß der Rücktritt des bewährten Generals ebenso zur Klärung der innerpolitischen Lage beiträgt und geeignet ist die Lage zu entlasten, wie vor zwei Wochen der des Chefs des Zivilkabinetts, des Herrn von Berg. Es liegt nicht im Interesse des Volksganzen, wenn die tüchtigsten Persönlichkeiten sich auf verlorenen Posten nutzlos zerreiben. Weder Herr von Berg, noch der General Ludendorff wären in der Lage gewesen, die Dinge in ihrer Entwicklung aufzuhalten oder sie umzubiegen. Die Verantwortung ist durch ihren Rücktritt klar

gestellt, — es gibt keine „Nebenregierung“, keine Verschleierung mehr, sondern nur die eine Tatsache, daß eine klar vor uns stehende Regierung klare Ziele verfolgt, woraus für uns die Folgerung erwächst: die Stellungnahme zur Regierung.

Unsere Stellungnahme wird bedingt durch das Kriegsziel der Regierung. Dies Kriegsziel ist nicht neu; es ist nicht die Unterwerfung unter den Machtwillen Wilsons oder der Entente, wenn auch die diplomatischen Schritte der Regierung ohne Zweifel dazu führen müssen, — es ist die Einfügung des deutschen Volkes in ein internationales Weltsystem, auf dem Boden des gleichen Rechtes für alle. Die Herren Wilson und Erzberger nennen es Völkerbund. Um eine klare Stellung einnehmen zu können, gilt es Klarheit zu schaffen über die Ereignisse, die zum Schritt der Krone vom 30. September d. J., d. h. zum Entschluß der Demokratisierung unseres politischen Lebens geführt haben.

Der springende Punkt ist, daß die Krone in den letzten Tagen des September, d. h. nach dem Abfall Bulgariens, zur Überzeugung gekommen oder gebracht worden ist, den militärischen Zusammenbruch ohne Gewinnung neuer moralischer Kräfte nicht mehr aufhalten zu können. Aus dieser Erkenntnis heraus wandte sich der Kaiser durch Vermittlung des damaligen Reichskanzlers, des Grafen Hertling, logischerweise an die Volksvertretung, die nach der Verfassung die Gesamtheit der Nation verkörpert. Für den Grafen Hertling hat der Vizekanzler v. Payer die Verhandlungen geführt. Wir wissen heute, daß besonders Erzellenz Ludendorff, um den Termin der politischen Sicherung nach Möglichkeit abzukürzen und die Neubildung der Regierung nach Möglichkeit zu beschleunigen, die Lage an der Front in Berlin hat schwärzer erscheinen lassen, als sie tatsächlich war, und daß der militärische Presseapparat nicht energisch genug Gerüchten über die moralische Verfassung der Armee, die ihren Boden in der Haltung einiger aus dem Osten an die Westfront herangeführter Truppenteile und aus russischer Gefangenschaft zurückgekehrten Mannschaften hatten, entgegengetreten ist. Die Politiker der Linken, vor allem ihr Feldherr v. Payer, beurteilten die Lage kühler als die alte Regierung und paßten ihr mit großer Umsicht und ebensolchem Geschick ihre Taktik an. Wir müssen zugeben: während allgemein der Eindruck entstehen konnte, daß die Armeeführung, für Stunden wenigstens, den Kopf verloren hatte, ging Herr v. Payer mit unerbittlicher Folgerichtigkeit vor und bildete nach längst feststehendem Programm die neue Regierung. Zu spät erkannte Ludendorff seinen Fehler. Ihm war es in erster Linie darauf angekommen, mit Hilfe der neuen Regierung den Geist, die Moral der Heimat und durch sie die Moral der Truppe zu heben; der neuen Regierung ist dies vielleicht ein willkommenes Nebenerzeugnis der Reform, nicht die Hauptsache. Ihr Ziel ist nicht Fortsetzung des Krieges, sondern Beendigung unter dem hohen, allgemein menschlichen Banner des internationalen Ausgleiches nationaler Interessen.

Aus diesem Widerspruch in den Auffassungen der neuen Regierung in Berlin und des Großen Hauptquartiers ergab sich zunächst der Aufmarsch der neuen staatlichen Gewalt. Aus diesem Widerspruch erklärt sich auch die Tatsache, daß die vom Könige mit der Regierungsbildung beauftragten Männer nicht erst versuchten, den gesamten Reichstag zu einer imposanten Einheitsfront zusammenzuschweißen. Im Gegenteil, man hat, wie Graf Westarp mitteilt, die Konservativen von vornherein benachrichtigt, „daß man beabsichtige, das Ministerium

als Parteiministerium unter Ausschluß der Rechten zu bilden.“¹⁾ Herr v. Payer hat diesen Tatbestand bestätigt und seine Haltung bei den Verhandlungen dadurch erklärt, daß man über den „Inhalt des Friedens“ und „die Geflüßentlichkeit, mit der man diesem Frieden entgegenstrebt“, doch nicht einig geworden wäre „und sogar recht uneinig über die Reformen, die nach unserer Überzeugung im Innern durchgeführt werden müssen, wenn das Vaterland bestehen bleiben soll.“²⁾ Die Tatsache, daß ein Parteiministerium gebildet wurde und kein Koalitionsministerium, beweist, daß die Krone diese Art der Ausführung ihres Willens billigt oder sie mit einem gewissen Fatalismus über sich ergehen läßt. Der Kaiser hat die neuen Minister und Staatssekretäre ebenso wie die parlamentarischen Staatssekretäre jedenfalls selbst nach Vorschlag des Reichskanzlers ernannt.

Für alle Welt schien dann der erste Schritt der neuen Regierung das Friedens- und Waffenstillstandsangebot vom 5. Oktober zu sein. Parteigänger der neuen Regierung lehnen demgegenüber die Verantwortung für diesen Schritt ab. Der sozialdemokratische Abgeordnete Noske hat ausdrücklich festgestellt: „Nicht Scheidemann, sondern der Kronrat unter dem Vorsitz des Kaisers und mit Hindenburg haben den Friedensschritt vorbereitet.“³⁾ Eine Korrektur vom Regierungstische hat diese Auffassung nicht erfahren. Somit wären tatsächlich die militärischen Berater des Kaisers nicht nur für den Friedensschritt, sondern auch für das Waffenstillstandsangebot in erster Linie verantwortlich. Nach Artikel 11 Absatz 1 der Reichsverfassung hat der „Kaiser . . . im Namen des Reichs Krieg zu erklären und Frieden zu schließen“.

Die Feststellung dieser Verantwortlichkeit ist richtig, ja unerläßlich zur Klärung der Lage. Soll die Nation noch in letzter Stunde aus der Zerrissenheit herauskommen, so muß sie auch ein ganz scharf umrissenes Bild von ihren führenden Persönlichkeiten haben. Soll sie nach dem Willen des Kaisers ihre Geschichte selbst bestimmen, so gehört zur Herrschaft der jeweiligen Reichstagsmehrheit eine absolut freie, furchtlose Presse, die aus den feststehenden Tatsachen auch die Folgerungen kaltblütig zieht. Herrn Noskes Hinweis auf Hindenburg sieht aus, als wollte die Regierungspartei die volle Verantwortung für die ersten Schritte der Regierung nicht übernehmen. Die Regierung würde gut tun, den Sachverhalt auch öffentlich ganz klar zu stellen, nachdem das Waffenstillstandsangebot sich zum mindesten als überflüssig, wenn nicht gar als ein schwerer, kaum noch gut zu machender Fehler erwiesen hat. Dem vorzeitigen Waffenstillstandsangebot danken wir die erniedrigenden Bedingungen, die Wilson glaubte uns durch seine Note vom 23. Oktober vorlegen zu können, danken wir auch die Notwendigkeit, den U-Bootkrieg vorzeitig beschränken zu müssen, ohne uns für diesen Verzicht auch den kleinsten Vorteil einhandeln zu können. Vom Waffenstillstand zu sprechen, war immer noch in einem späteren Stadium der Verhandlungen Zeit genug, d. h. wenn eine gesunde Basis für Friedensverhandlungen gefunden war. Es wäre an der Zeit gewesen, in ganz allgemeinen Wendungen von Waffenstillstand zu Wasser und zu Lande zu sprechen, nachdem Wilson seine Forderung auf Einstellung des

¹⁾ Reichstagsrede vom 22. Oktober 1918.

²⁾ Reichstagsrede vom 23. Oktober 1918. „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ Nr. 544.

³⁾ Reichstagsrede vom 24. Oktober 1918, „Vorwärts“ Nr. 294.

U-Bootkrieges ausgesprochen hatte. Die Regierung ist es sich selbst, ihrer Autorität vor dem Lande und der Nation schuldig, bekanntzugeben, wer für diesen übereilten Schritt die Verantwortung trägt, mit dem Ziel selbstverständlich, Persönlichkeiten, die nicht mehr über solche Nerven verfügen, die notwendig sind, um das Staatsschiff durch Sturm und Klippen zu steuern, aus der Regierung oder ihrem Amt auszumerzen. Trifft den General Ludendorff die Verantwortung, so soll man sich nicht scheuen, es zu sagen, auf die Gefahr hin, daß sein Bild im Augenblick eine Trübung erfahren könnte. Die Hauptsache ist jetzt absolute Ehrlichkeit. Und selbst wenn der Feldherr, der vier Jahre ununterbrochen eine stets wachsende Last an den verantwortlichsten Stellen getragen, in der politischen Behandlung militärischer Fragen versagt haben sollte, wird er dem deutschen Volk in seinem Werte nicht vermindert. Die Errettung Ostpreußens, Oberschlesiens, Posen, vielleicht Berlins, vor der Besetzung durch die Russen ist sein Werk. Es ist so gewaltig, daß nichts imstande sein kann, die Dankbarkeit des deutschen Volkes für Ludendorff zu verkümmern!

* * *

Die Art wie Wilson mit der deutschen Regierung verhandelte und der Inhalt seiner Note vom 23. Oktober konnte uns nicht in Erstaunen versetzen, nachdem wir Kenntnis von einer Rede Wilsons bekommen hatten, die dieser am 27. September gehalten und die Prinz Max von Baden ausdrücklich als eine der Verhandlungsgrundlagen bezeichnet, auf die die deutsche Regierung zu treten beabsichtigt. „Wir sind uns alle darüber einig, führt Wilson aus, daß es keinen Frieden geben darf, der durch irgendeine Art von Handel oder Kompromiß mit den Regierungen der Mittelmächte erreicht wird.“⁴⁾ Indem die deutsche Regierung diesen Satz mit ihrer ersten Note annahm, hatte sie überhaupt schon kapituliert und es bleibt ihr nun kaum noch etwas andres zu tun übrig, als die weiteren Befehle Wilsons abzuwarten und sich ihnen zu unterwerfen, sofern die Nation sie daran nicht noch in letzter Stunde zu hindern vermag. Gerade diese bedingungslose Kapitulation ist es wohl auch gewesen, die Wilson veranlaßte, an der Ernsthaftigkeit des deutschen Friedensangebots zu zweifeln und dahinter eine Falle zu vermuten.

Im Lichte dieser Tatsache erscheint die Berufung der neuen Regierung nur noch aus innerpolitischen Gesichtspunkten, aus dem Wunsch, das Land vor Erschütterungen durch innere, womöglich blutig verlaufende Krisen zu bewahren, verständlich. Ist dies der Fall, so wäre das ein Zeichen der Selbstpreisgabe der Bureaucratie und der Krone, und wieder wandert unser Blick erstaunt fragend zu den Ratgebern der Krone, die keinen andern Ausweg wußten. Wäre es nicht weiser gewesen, das Odium der Kapitulation der alten Regierung zu überlassen, der Regierung, die mit ihrer ideenlosen Schwäche und ihrem Mangel an Mut nach innen und außen zugab, daß unsre Zukunft zuletzt auf eine Karte gesetzt wurde?! Vielleicht dachten die Ratgeber des Kaisers der Hohenzollernndynastie auf dem schließlich beschrittenen Wege die Kronen zu retten. Welche krausen Gedankengänge! Entschloß man sich am 30. September zur Kapitulation, so durfte auch vor den Konsequenzen einer solchen nicht zurückgeschreckt werden, und eine der schwersten Konsequenzen war

⁴⁾ „Nordd. Allg. Ztg.“ Nr. 509.

allerdings die Abdankung des Kaisers, um dem Volke den Weg zum Frieden auch wirklich freizugeben. Dann war das deutsche Kaisertum zu retten in einem jüngeren Zollernsproß, während der scheidende Monarch sich die Märtyrerkrone um seines Volkes willen aufs Haupt setzte. Jetzt, nach Wilsons Note vom 23. Oktober und nach Ludendorffs Rücktritt, liegt die Frage für die Nation erheblich ernster. Denn sie ist eine Ehrenfrage geworden. Die Nation kann aus Selbstachtung nicht wünschen, daß der Kaiser zurücktritt. Auch in dieser bedeutsamsten Frage der Gegenwart ist die Nation auf das angewiesen, was die neue Regierung beschließt. Sie besteht aber in der Mehrzahl ihrer Mitglieder aus Männern, die dem Zollernhause eher mit Haß als mit Verständnis gegenüberstehen und die die Monarchie für eine überlebte Einrichtung halten. Es sind großdeutsche Zentralisten, die in den Monarchen nur Hindernisse für die Beseitigung der Kleinstaaterei sehen! Sollte im gegenwärtigen oder in einem nahen Augenblicke die Abdankung des Kaisers erfolgen, so dankte nicht die Person eines unglücklichen Monarchen, sondern der monarchische Gedanke ab. Sie bedeutete eine unerträgliche Erniedrigung für das deutsche Volk mit allen zermürbenden und demoralisierenden Folgen einer solchen. Dann — darüber sollte sich besonders das freisinnige Bürgertum keinen Illusionen hingeben — wäre die Atmosphäre für eine blutige innere Krise, für die Diktatur des Proletariats geschaffen!

* * *

Wir müssen an diese zartesten Seiten unseres politischen Innenlebens rühren, um klarzumachen, in welches Spannungszentrum wir dank der Politik vom 30. September geraten sind und um den Keim zu unserem neuen Unglück bloßzulegen. Es ist die Halbheit und Unaufrichtigkeit unseres innerpolitischen Lebens vor und während des Krieges. Ludendorff hat versucht, ihrer Herr zu werden. Mit unerbittlicher Energie hat er auf die Regierung gedrückt und sie zur Stetigkeit im Handeln zu zwingen versucht. Seine Genialität als Feldherr schien auszureichen, um den Mangel an Popularität, auf die der rechtschaffene Mann keinen Wert legte, auszugleichen. Tatsächlich reichte sie nicht aus.

Die Furcht vor einem siegreichen Heere, vor einem heimkehrenden Feldherrn, den der Lorbeer des Siegers umkränzte, spukte schon in den erhebendsten Herbsttagen des Jahres 1914 in Köpfen und Herzen gewisser liberaler Kreise. Ludendorffs Tage waren nach menschlicher Berechnung gezählt, als er sich die erste politische Blöße gab. Die Führung entwunden hat ihm nun der Vizekanzler, Herr v. Payer. Er muß nun beweisen, daß er nicht nur der geschicktere ist, sondern auch der größere, der größere an moralischen und geistigen Kräften, — eine mächtige Persönlichkeit, die die einmal zusammengeführten politischen Kräfte des Reiches auch zum Heile der Nation zu führen vermag.

